



PDF hosted at the Radboud Repository of the Radboud University Nijmegen

The following full text is a publisher's version.

For additional information about this publication click this link.

<https://repository.ubn.ru.nl/handle/2066/233435>

Please be advised that this information was generated on 2021-11-01 and may be subject to change.

Landung oder Landnahme? Regionale Forschung und Innovation am Scheideweg

Jeremias Herberg

1 Einleitung

Die Klimakrise zeigt dem fossilen Wirtschaftsmodell seine Grenzen auf. Die Industriegesellschaft, so könnte man mit Bruno Latour sagen, muss den Höhenflug beenden und endlich *landen* (Latour 2018). Die Metapher deutet an, dass einige Landeplätze sich besser eignen als andere: Um einen sozialökologischen Umbau in Deutschland effektiv und glaubwürdig zu gestalten, muss er auf schwierigem Terrain beginnen – unter anderem in den Kohlerevieren. Das Fördern und Verstromen von Braun- und Steinkohle ist angesichts von sinkenden Gewinnen, fortlaufenden Schäden und erneuerbaren Alternativen längst unverhältnismäßig geworden (DIW Berlin et al. 2019). In den ehemaligen Zentren der industriellen Modernisierung greifen die optimistischen Zukunftsbilder längst nicht mehr; die Regionen gelten oft als abgehängte Peripherie, die es an überregionalen Maßstäben neu auszurichten gilt.

Sowohl aus politischer als auch aus forschungspraktischer Sicht drängt sich die Frage auf, wie in diesem Kontext die Rolle von Innovation und Wissenschaft in den betroffenen Regionen gestaltet werden kann. Mit dieser Frage will ich regionale Innovationspolitik kritisch in Augenschein nehmen und einen forschungspraktischen Vorschlag machen. Am Beispiel der Lausitz argumentiere ich, dass in Industrieregionen die politischen Vermächtnisse der Industrialisierung – Fortschrittsgedanken, Abwertungserfahrungen, Wissenschaftsverständnisse – fest verankert sind und aktuell erneut angewandt werden. In sich transformierenden Industrieregionen können betroffene Akteure und Forschungsgruppen jedoch auch gemeinsam die Folgen der Industrialisierung bezeugen, abwägen und umwandeln. Wie lässt sich dieser Forschungsansatz historisch und normativ begründen? Wie sieht eine entsprechende Forschungspraxis aus?

In dem nun folgenden Kapitel zeichne ich den Scheideweg nach, an dem Forschung und Innovation zwischen sozialökologischem Wandel und Industrialisie-

rungsgeschichte stehen. Ich beschreibe im dritten Kapitel, wie wissenschaftspolitische Programme in verschiedenen Regionen immer auch Teil von Industrialisierungsprozessen waren – eine historische Ausgangslage, die eine engagierte Transformationsforschung selbstkritisch nutzen kann. Die Bemühungen um einen innovativen und nachhaltigen Strukturwandel münden aktuell, wie im vierten Kapitel diskutiert, in eine überregionale Forschungspolitik, die erneut in die regionalen Strukturen der Lausitz eingreift. Ich diskutiere, welche forschungspraktischen Spielräume mit dem Innen- und Außenverhältnis von Wissenschafts- und Regionalpolitik einhergehen. Ich berichte im fünften Kapitel über einen konkreten Vorschlag, den ich im Rahmen des Hightech Forums der Bundesregierung konzipiert und auf einer Veranstaltung in Großräschen umgesetzt habe.

In der Herleitung dieses Vorschlages stütze ich mich auf die dreijährige Forschungserfahrung im Rahmen des IASS-Projektes *Sozialer Strukturwandel und responsive Politikberatung in der Lausitz*. Im Besonderen greife ich auf Dokumentenanalysen und Gespräche zurück, von denen fünf qualitative Interviews mit Unternehmer(inne)n, Bürgermeister(inne)n und Wirtschaftsförderer(inne)n hier einschlägig sind. Daneben fließen als Kontextwissen auch 13 Interviews mit den Mitgliedern der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung – der sogenannten Kohlekommission – ein. Außerdem fußt die Analyse auf politischen Beratungen, durch die wir die mit der Lausitz betrauten Bundesländer Brandenburg und Sachsen adressiert haben.¹

2 Strukturwandel zwischen Wertschätzung und Wertschöpfung

Mein normatives, analytisches und praktisches Interesse an den Kohleregionen liegt darin begründet, dass die Formulierung von Transformationserwartungen – Nachhaltigkeitsziele, Innovationsprogramme, lokale Zukunftsvorstellungen – mit der Aushandlung und Aufarbeitung von Erfahrungen der Industrialisierung und Deindustrialisierung einhergehen muss. Dabei ist die Lausitz ein treffliches Beispiel:

¹ Im Rahmen dieses Papiers bedanke ich mich bei David Löw Beer, Julia Gabler, Konrad Gürtler, Tobias Haas, Victoria Luh und Johannes Staemmler, die ausschlaggebende Hinweise gegeben haben und mit denen gemeinsam ich Interviews und Gespräche geführt oder ausgewertet habe. Mein Dank gilt außerdem Alexander Wentland, mit dem ich intensiv über die Rolle von Innovation im Strukturwandel diskutiert habe (siehe seine Analyse in diesem Band). Die Gespräche mit Katja Fitschen und Max Priebe waren eine praktische Inspiration für diesen Beitrag. Bei Tabea Selleneit bedanke ich mich für Unterstützung bei der Textarbeit und Recherche.

Industrieschäden und strukturpolitische Versäumnisse sind hier besonders sichtbar; die Glaubenssätze der Innovation, die auch die aktuelle Strukturwandelpolitik prägen, sind bedingt anschlussfähig (vgl. die Beiträge von Wentland, Blümel, Bösch et al. und Zundel in diesem Band). Gerade hier muss also die Praxis einer engagierten Forschung als kontextsensible Aushandlung gestaltet werden (vgl. Luh & Staemmler sowie Gabler in diesem Band). Die folgenden Gedanken und Forschungsergebnisse zeichnen den fortlaufenden Versuch nach, zwischen dem Innen und Außen der Region eine fachlich begründete Perspektive und eine kommunikationstaugliche Position einzunehmen.

2.1 Transformation durch Innovation?

Der Lausitzer Strukturwandel lief lange unter dem Radar der bundesweiten Öffentlichkeit. Erst seit der Kohlekommission, die im Winter 2018/19 bundespolitische Empfehlungen für den Ausstiegspfad erarbeitete, wird die Situation in der Lausitz breit diskutiert. Die Kompromissfindung unter den einberufenen Klima-, Wirtschafts- und Regionalexpert(inne)n geriet durch aufkeimende Klimaproteste und die Wahlerfolge der AfD unter doppelten Handlungsdruck. Dies veranlasste besonders die Ministerpräsidenten von Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt dazu, parallel zu den Verhandlungen bei der Bundesregierung um hohe Fördersummen für die betroffenen Regionen zu werben. 50 Milliarden wurden schließlich in Aussicht gestellt; sie dienten nicht zuletzt auch als politischer Hebel für die erfolgreiche Kompromissfindung in der Kohlekommission.

Gerade in Regionen, wo die Industrie Landschaften zerstört und lokale Veränderungsmöglichkeiten eingegrenzt hat, soll modellhaft ein sozialökologischer Umbau eingeleitet werden. Das für den regionalen Strukturwandel charakteristische Spannungsfeld kann man wie folgt umreißen: Der Kohlekompromiss sollte einerseits Wertschätzung für die Kohleindustrien und -arbeiter signalisieren und Abwertungserfahrungen entgegenwirken; damit wird ein politischer Fokus auf die Transformationserfahrungen in der Region gelegt. Er sollte andererseits neue Wertschöpfung in den Regionen stimulieren, sodass die überregionalen Maßstäbe von Wachstum und Innovation weiterhin angelegt werden können. Der raum- und strukturpolitische Ordnungsrahmen, der bis Mitte des 21. Jahrhunderts Bestand haben soll, setzt dieses Spannungsfeld durch die im Sommer 2020 verabschiedeten Kohleausstiegs- und Strukturförderungsgesetze auch institutionell ins Werk (siehe Kapitel 4). Die Bundesländer sehen ihre Aufgabe seither darin, ein wirtschaftliches Innovationspro-

gramm zu definieren, das zugleich soziale und politische Verwerfungen lindern soll. Dieser Transformationsprozess fordert nicht nur die Bevölkerung heraus – vor allem die politischen Institutionen zwischen Wissenschaft, Technologie und Industrie sind damit konfrontiert, dass die regionale Ausgangslage sich nicht ohne Weiteres in die eigenen Handlungsschemata einfügt und sich insofern ein politischer Lernprozess aufdrängt.

Wissenschaft, Forschung und Innovation spielen hierbei eine – im wahrsten Sinne des Wortes – maßgebliche Rolle: Durch und mit Forschenden wird der überregionale Maßstab, an dem sich eine vermeintlich strukturschwache Region ausrichten soll, an regionale Akteure herangetragen und mit diesen verhandelt. Von den Landesregierungen werden die Wissenschaften im Zuge des Strukturwandels mal für die Expertise oder gar Umsetzung von Partizipationsprozessen, mal als Standortfaktor, mal als Innovationsmotor in Position gebracht (u. a. Staatskanzlei Brandenburg 2020). Auch die Bundesregierung bemüht sich um eine aktivierende und aufsuchende Struktur- und Innovationspolitik. Im Rahmen von Strategiebildungsprozessen wie dem sogenannten Hightech Forum werden bundesweite Innovationspolitiken von regionalen Bedürfnissen abgeleitet und teilweise partizipativ gestaltet. Die involvierte Politik mutet den Regionen im Rahmen des Strukturwandels einen Innovationsprozess zu, der eine wirtschaftliche Beschleunigung und zugleich eine breite Beteiligung der Bevölkerung bewirken soll. Somit wird regionale Forschung, gerade im Bereich der Sozial- und Umweltwissenschaft, vermehrt als Instrument für lokale Wertschätzung mobilisiert. Diese ambivalente Positionierung von Wissenschaft, so mein Argument in Kapitel 3 dieses Beitrags, steht in einer langen Tradition, in der regionale Forschung und Innovation der Modernisierung und Industrialisierung von ländlichen Räumen und ehemaligen Industriezentren dient. Die Positionierung von regionaler Forschung als Schnittstelle birgt jedoch auch Potenziale für eine sozialökologische Transformation von Erwartungs- und Erfahrungshorizonten.

2.2 Regionale Forschung als ambivalente Schnittstelle

Die Rolle von Wissenschaftspolitik und Forschungspraxis im Strukturwandel hat mich im Rahmen der Entwicklung des Forschungsprojektes am IASS Potsdam von 2017 bis 2020 intensiv beschäftigt. Es ist durch die Ansiedlung in Potsdam, durch die Förderung des BMBF und durch den Beratungsauftrag gegenüber den Landesregierungen Sachsen und Brandenburg selbst an der Schnittstelle zwischen externen Erwartungen und internen Erfahrungen verortet. Damit ist der Transformationswir-

kung – so zentral die Wissenschafts- und Innovationsförderung auch für den regionalen Wandel sein mag – eine Grenze gesetzt.

Von außen betrachtet – nämlich im Zugriff auf regionale Kapazitäten und Strukturen von Akteuren –, wird eine regionale Forschung häufig als Sprachrohr, Fürsprecherin oder Gatekeeper instrumentalisiert. Als Beispiel kann die Anfrage im Rahmen der Hightech Strategie (HTS) der Bundesregierung dienen, in der wir gebeten wurden, einen Partizipationsprozess in der Lausitz zu begleiten und als Gatekeeper zwischen überregionalen Erwartungen und lokalen Erfahrungen zu fungieren. Die HTS, die im Prozess eines Expertengremiums entwickelt und der sogenannten Staatssekretärsrunde seit 2006 regelmäßig (mit Unterbrechungen) vorgelegt wurde, dient dazu, die Schwerpunkte der Forschungspolitik mitzubestimmen. Das übergreifende Ziel ist die Stärkung des Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Deutschland, wobei dieses Ziel vermehrt mit regionalen Partizipationsprozessen kombiniert wird (vgl. Kamlage et al., dieser Band). Dass uns in der skizzierten Anfrage eine Gatekeeper-Funktion zugeschrieben wurde, überzeichnet und strapaziert das räumlich-institutionelle Machtverhältnis zwischen Bund und Regionen. Weiterhin beinhaltet die Zielstellung der HTS zumindest implizit die Erwartung, dass Forschung zu einer wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Region beitragen soll, sodass wir uns (bei dieser und anderen Gelegenheiten) um eine sinnvolle und verantwortungsvolle Auslegung der Schnittstellenposition bemühen mussten (siehe Kapitel 5).

Viele Beteiligte der HTS und des Strukturwandeldiskurses in Brandenburg und Sachsen betonen, dass ein Zugriff von außen die Sprechfähigkeit der Akteure vor Ort zu übergehen droht. So reagieren lokale Kooperationspartner mit Skepsis auf die wissenschaftspolitischen Maßnahmen (z.B. Institutsansiedlungen) oder Forschungsinitiativen: Dahinter werden unbekannte Wertmaßstäbe oder sogar überregionale Abwertungsprozesse vermutet. Eine lokale Partizipationsexpertin wies mich schon beim Kennenlernen darauf hin, dass vorige Forschungsteams die Region als demokratieschwach (ihr habt das nicht gelernt), langweilig (da ist ja nichts) oder ideenlos (niemand macht was) bezeichnet haben. Eine andere Interviewpartnerin, die ich in der Vorbereitung des HTF-Dialogs angesprochen hatte, reagierte sogar mit vehementer Ablehnung auf eine unbedachte Formulierung meinerseits: Sie sei »das langsam aber so was von leid, dass man uns als strukturschwache Region bezeichnet«, sagte sie und stellte implizit dem Wir in der Lausitz ein Ihr von anderswo gegenüber. Die äußere Zuschreibung von negativen Entwicklungsbedarfen verträgt sich nicht ohne Weiteres mit den positiven Entwicklungserfahrungen der letzten Jahre

vor Ort; sie trifft auf tief sitzende Erfahrungen der politischen, teils sogar persönlichen Geringschätzung. Ein transdisziplinärer Sammelband, der aus dem IASS-Projekt entstanden ist, versammelt vor diesem Hintergrund viele Bürger(innen) und Kommunalpolitiker(innen), die den sie betreffenden Strukturwandel mit eigenen Worten und Ideen beschreiben und gestalten (Staemmler 2021).

Die Skepsis gegen einen überregionalem Zugriff lässt sich historisch nachvollziehen: Das Verbrennen und Verstromen von Braunkohle hat vor Ort für Wohlstand gesorgt, aber Land und Leute zermürbt. Der fossile Brennstoff hat vielen Gemeinden und Familien hohe (Steuer-)Einkommen, relativ komfortable Löhne und auch soziokulturelle Anerkennung gebracht. Für die Aufrechterhaltung der landesweiten Industrie durch die Kohle wurden in der Region Dörfer zerstört, Grundwasserabsenkungen und Luftverunreinigungen erzwungen und hingenommen. Sogar die Einbrüche in den Beschäftigungszahlen nach 1990 haben nicht zur Abkehr von der Braunkohle geführt, sodass energie- und industriepolitische Alternativen nicht konsequent verfolgt werden konnten. Das uneingelöste Versprechen, dass sich wirtschaftlicher Wohlstand und kollektiver Zusammenhalt nach dem Fall der Mauer frei entfalten würden, hat viele enttäuscht zurückgelassen. So integral die Lausitz sich durch die Kohleindustrie in das (ost-)deutsche Wirtschaftsmodell eingeschrieben hatte, so sehr ist sie dadurch auch in eine politökonomische Abhängigkeit und sogar in eine kulturelle Abwertungsspirale geraten. Die damit verbundene Polarisierung zwischen Stadt- und Landbevölkerung hat in den letzten Jahren viele Lausitzer(innen) dazu bewegt, die AfD zu wählen (Lorenz & Träger 2020).

Eine Praxis der regionalen und engagierten Forschung muss in der Lausitz proaktiv mit einer aufgeheizten politischen Stimmung und einer asymmetrischen Aufmerksamkeitsökonomie umgehen und dabei in immer neuen Kommunikationsdynamiken navigieren. Im Spannungsfeld zwischen Wertschöpfung und Wertschätzung ist der aktuelle Strukturwandel unter anderem mit einem schwierigen Erwartungsmanagement verbunden, in dem auch Forschende sich der eigenen Position vergewissern müssen: Innovationspolitische Erwartungsträger – seien es Stiftungen, Forschungsgruppen, Wirtschaftsförderer oder Regierungsbeamte – kommen oft von außen in die Region; vor Ort ansässige Erfahrungsträger – seien es Bürger(innen) initiativen, Bürgermeister(innen) oder Unternehmer(innen) – reagieren mit Skepsis. Nicht immer können sie ihre eigenen Erwartungen, die sie als Bürger(innen) oder Arbeitnehmer(innen) legitimerweise äußern können sollten, mit demselben Nachdruck kommunizieren. Es gehört zu einer engagierten Forschung zuzulassen,

dass ungleiche Ansprüche an die eigene Position gestellt werden, während der eigene Forschungsansatz nicht immer zu gesellschaftlichen Ansprüchen passt bzw. sich in ein lineares Verhältnis von überregionalen und regionalen Akteuren pressen lässt. Schon zu Beginn des eigenen Engagements sowie im fortlaufenden Prozess bedarf es eines selbstreflexiven und normativen Konzeptes, um die Schnittstelle zwischen außen und innen verantwortungsvoll und fruchtbar zu gestalten. Ein solches Konzept will ich im nächsten Abschnitt vorstellen.

2.3 Landnahme und Landung

Der Scheideweg, an dem eine engagierte Transformationsforschung steht, lässt sich mit zwei Begriffen erfassen, die im räumlichen Vokabular der Regionen einen spezifischen Sinn entfalten: der soziologischen Figur der Landnahme einerseits, die in der Industrie- und Arbeitssoziologie diskutiert wird (vgl. Dörre 2012), und der Figur der Landung andererseits, die Bruno Latour jüngst in einem transformationstheoretischen Beitrag propagierte (Latour 2018). In meiner Lesart, die am lokalen Handeln und regionalen Schnittstellen orientiert ist, heißt das: Regionale Erfahrungen werden durch überregionale Erwartungen entweder einseitig überformt (Landnahme) oder kritisch befragt und im Dialog umgedeutet (Landung). Beide Begriffe werden in der soziologischen Debatte breit diskutiert. Ich will sie hier in transdisziplinärer Weise auf die ambivalente Rolle einer engagierten Forschungspraxis zuspitzen.

Die historisch verankerte, auf regionale Industrialisierung ausgerichtete Wissenschafts- und Innovationspolitik des 20. Jahrhunderts, die ich in Kapitel 3 nachzeichne, lässt sich pointiert auf die von Rosa Luxemburg begründete Figur der Landnahme beziehen (1975): Jeder Modernisierungs- und Industrialisierungsprozess verfügt immer auch über ein unkontrollierbares Anderes. Seien es Menschen als Arbeitskräfte oder Bodenschätze als Energiequelle – diverse regional situierte Ressourcen werden für die wirtschaftliche Wertschöpfung erschlossen oder abgebaut. Wie andere Beiträge in diesem Buch verdeutlichen, waren Wissenschaftseinrichtungen und diverse Disziplinen stets auch ein Instrument, um die Region für neue Industrien oder politische Gestaltungsversuche zu erschließen (siehe dazu Zundel sowie Wentland). Die von Klaus Dörre (2012) skizzierten Teilprozesse der Landnahme umfassen die Vereinnahmung, Instrumentalisierung und Stabilisierung von nicht-marktförmigen Räumen. Diese Teilprozesse erfordern ein Vermessen, Sondieren und Kategorisieren von Handlungszwängen und -möglichkeiten, um riskante politische Eingriffe begründbar und zumutbar zu machen (vgl. Herberg 2019, S. 55 ff.):

Durch die unterschiedlichsten Methoden – seien sie natur- oder sozialwissenschaftlich – werden überregionale Erwartungen generiert, kommuniziert, objektiviert und mit regionalen Erfahrungen abgeglichen. In einer historischen Rekonstruktion zeigt Clemens Blümel, dass regionale Innovationspolitiken wie die Förderung von Unternehmensclustern sowohl durch wissenschaftspolitische als auch durch politökonomische Kontexte legitimiert werden (Blümel 2020). Für die Forschungspraxis gilt unabhängig von ökonomischen, ökologischen oder soziologischen Absichten: Regionale Forschungsvorhaben fungieren oft als Schnittstelle eines Prozesses, der Landstriche in Zentrum und Peripherie teilt und den überregionalen Zugriff von Politik und Wirtschaft ermöglicht. Insofern impliziert jeder Landnahmeprozess, und sei er noch so machtvoll, eine Auseinandersetzung zwischen überregionalen Erwartungen und regionalen Erfahrungen.

Eine weiterer, auf sozialökologische Transformationen ausgerichteter Ansatz besteht darin, diffuse Gefahren in handhabbare Risiken zu verwandeln und bisherige Erfahrungen in verantwortliches Handeln einzubeziehen (Klinke & Renn 2014). Mehrere Wissenschaften bemühen sich bereits ansatzweise um diese heuristische Aufgabe: Durch komplexe Modelle und Taxonomien zeigen etwa Klimaforscher(innen), dass der Kohleausstieg überfällig, machbar und zumutbar ist (DIW Berlin et al. 2019). Auch Wirtschaftswissenschaftler(innen) im Rahmen von Umbruchsituationen oder Virolog(inn)en im Rahmen von Pandemien etablieren oft Heuristiken, um den *Sweet Spot* zwischen unzumutbaren Gefahren und gangbaren Gegenmaßnahmen herauszuarbeiten. Unwägbare Übergangssituationen erzwingen ein Hinterfragen des Erfolgsmaßstabs; seien es die wissenschaftlichen Zielgrößen der Klimapolitik (z. B. <1,5 Grad Erderwärmung) oder der Virologie (z. B. 7-Tage-Inzidenzen unter 25). Meist wird die oben skizzierte heuristische Funktion von Transformationsforschung jedoch nicht so ausgelegt, dass betroffene Akteure in die Bestimmung von Zielgrößen und Handlungskorridoren einbezogen werden. Für die regionale Forschung berührt dies besonders das Verhältnis von Innovationserwartung und Transformationserfahrungen: Wie der abwertende Begriff der strukturschwachen Region andeutet, ist mit der Suche nach Transformationspotenzialen oft das Festhalten an alten Erfolgserwartungen verbunden. Der aktuelle Kohleausstieg ist eine solche Situation. Die industrielle Erschließung soll nun auf kreativen, technologischen und logistischen Ressourcen beruhen. Erneut geht es aber um Wirtschaftswachstum und Industriearbeitsplätze. Die Inwertsetzung lokaler Ressourcen ist zwar zunehmend mit der Diskussion von Wertmaßstäben und mit der Wertschätzung bislang unberücksichtigter

Akteure verbunden. Viele weiterhin bestehende Forderungen nach einem guten Leben in der Region und auch die vorsichtiger Formulierung einer regionalen Innovationskultur bezeugen nichtsdestotrotz, dass das Streben nach Wertschätzung den dominanten Maßstäben der Wertschöpfung meist untergeordnet wird. Eine regionale Forschungspraxis, die sich diesem Modus Operandi anschließt, droht das ungleiche Verhältnis zwischen lokaler Erfahrung und globalen Maßstäben zu reproduzieren.

Um eine alternative Vorstellung zu erarbeiten, kann man bei Latours Figur der Landung ansetzen. Diese macht Transformationen als einen Prozess des Interregnums begreifbar (2018): Die für die Moderne bestimmenden *Attraktoren*, das Lokale und das Globale, haben Latour zufolge in einem stabilen und linearen Hierarchieverhältnis gestanden. Im Klimawandel jedoch müssen globale Fortschrittserwartungen mit den Folgen vor Ort konfrontiert werden. Mehr noch: Lokale Krisenerfahrungen müssen Latour zufolge zum Maßstab für ein planetares Erwartungsmanagement werden. Die von der Klimakrise verursachten Zumutungen und Risiken spielen in die ungleiche Aufmerksamkeitsökonomie zwischen Zentrum und Peripherie mit ein. Dies erfordert zunächst eine methodische Form der lokalen Wertschätzung, wie sie auch im politischen Diskurs zunehmend gefordert wird. Das übergeordnete Ziel ist bei Latour jedoch nicht allein die Steigerung von demokratischer Legitimität im Strukturwandel. Ihm geht es vielmehr um ein neues Koordinatensystem, in dem ein dritter, sozialökologisch begründeter *Attraktor* – das *Terrestrische* – herausgearbeitet wird, um das Lokale und das Globale neu auszurichten:

»Die vorrangige Aufgabe besteht darin herauszufinden, wie man sich jenen zuwenden soll, die sich zu Recht durch den historischen Verrat der führenden Klassen im Stich gelassen fühlen, die lautstark nach der Sicherheit eines geschützten Raums verlangen. In der (höchst fragilen) Logik des Schemas geht es darum, die bisher dem Attraktor *Lokales* zufließenden Energien auf das *Terrestrische* zu lenken.« (S. 65)

Eine kommunikative Moderation, die zwischen unzumutbaren Erwartungen und unterrepräsentierten Erfahrungen vermittelt, dient damit nicht der Befriedung einer von Industrialisierungsprozessen zerrütteten Erdbevölkerung. Vielmehr soll der angedachte geschützte Raum den industriellen Fortschrittserwartungen einerseits und lokalen Ängsten vor dem industriellen Niedergang andererseits entgegenwirken. Jenseits des Schemas von Nostalgie und Heimat, das der Rechtspopulismus dem Globalisierungsprozess entgegensetzt, erhebt Latour die kollektive Sorge um den

Boden und lokale Lebensgemeinschaften auf die Stufe einer planetaren Aushandlung. In dem Sinne sollte die regionale Transformationsforschung – so mein Argument – nicht als Instrument der politischen Befriedung oder der ökonomischen Akzeptanzbeschaffung dienen. Sie kann transformativ wirken, wenn lokale Identitäten, Zugehörigkeiten und Erfahrungen mit einer übergeordneten, sozialökologischen Absicht aufgegriffen werden: Es gilt, überregionale Innovationserwartungen mit unterrepräsentierten Erfahrungen zu konfrontieren und den Aushandlungsprozess auf die Erarbeitung eines dritten, sozialökologisch ambitionierten Handlungskorridors auszurichten. Der Zugriff und der Zuschnitt, mit dem Regionen in den Fokus von bundesweiten Innovationsprogrammen kommen, erfordert folglich eine kritische Umformulierung, in der innerregionale und überregionale Stimmen in direkte Auseinandersetzung treten. In diesem Prozess des Erwartungsmanagements, in dem regionale Forschung intermediär fungieren kann, müssen Transformationserwartungen und Reformvorschläge nicht nur skaliert oder implementiert, sie müssen im Anwendungsprozess auch selbst verändert werden. Bevor ich diese spezifische Konzeption eines regionalen Landungsversuchs in Kapitel 5 ausführe, beschreibt das folgende Kapitel die Geschichte der regionalen Forschungs- und Innovationspolitik als Prozess der Landnahme.

3 Landnahmen: Regionale Innovationspolitik in der Bonner Republik

Das Umdenken und Umbauen von Regionen mit und durch die Wissenschaften ist kein unschuldiger Vorgang und hat eine lange Vorgeschichte. Struktur- und Innovationspolitik wurden Mitte des 20. Jahrhunderts meist von außen gedacht, sodass Wissenschaftspolitik dazu diente, das ungleiche Verhältnis von Zentrum und Peripherie zu stabilisieren und zu moderieren. Regionen galten als Containerräume, die man mit Modernisierungsprogrammen füllte.

Das prominenteste Beispiel ist das ländlich geprägte und vom Planungsoptimismus noch unberührte Bayern der Nachkriegszeit. Die Landesregierung nutzte vor allem Forschung und Technologie als Modernisierungsmotor, tat sich mangels finanzieller Ressourcen aber schwer, Forschungsinstitute anzusiedeln. Unter anderem konnte die in München gegründete Fraunhofer-Gesellschaft erst nach langem Ringen und unter Rückgriff auf den Marshall-Plan zu Niederlassungen in Bayern bewegt werden (Milosch 2006, S. 38). In den frühen 1960er-Jahren wuchs die Max-Planck-Gesell-

schaft unter Leitung des Biochemikers Adolf Butenandt zu einer entscheidenden politischen Kraft heran, um industrierelevante Institute anzusiedeln. Die Energiepolitik war wesentlich, um den angestrebten Modernisierungsschub zu befeuern, es mangelte aber an fossilen Ressourcen. Folglich wurden prominente Wissenschaftler(innen) umworben – unter anderem der Physiker Werner Heisenberg, um an der Planung eines Atomreaktors mitzuwirken, und Rudolf Mößbauer, um aus München ein Zentrum der Fusionsenergie zu machen. Durch *Big-Science*-Projekte wurde das ländliche Bayern tatsächlich zu einem Industrie- und Wissenschaftszentrum der Republik (ebd., S. 93). Besonders bemerkenswert ist aus heutiger Sicht die enge Verzahnung von staatlicher Politik, akademischer Forschung und wirtschaftlicher Standortentwicklung, sodass Wissenschaftspolitik als Transmissionsriemen für die regionale Landnahme fungierte. Soziale Schieflagen oder gar kulturelle Brüche auszugleichen war in diesen frühen Ansätzen der regionalen Wissenschaftsförderung nicht explizit beabsichtigt, da die Synergie zwischen wirtschaftlicher Modernisierung und allgemeinem Wohlstand den Betroffenen unhinterfragt in Aussicht gestellt wurde. Dass diese Synergie nur bis in die 1970er-Jahre tragfähig war, haben Wirtschaftssoziolog(inn)en belegt (Schimank 2011). Auch im Bayern der Nachkriegszeit galt – mit Latour gesprochen –, dass »die Richtung des Geschichtsverlaufs vorgegeben war«, auch wenn »Hindernisse auftr(a)ten, *Rückschritte* zu verzeichnen« waren (Latour 2018, S. 38).

3.1 Von Bayern ins Ruhrgebiet – vom exogenen zum endogenen Wandel

Im Ruhrgebiet lassen sich eine erste Dynamisierung und Lokalisierung der regionalen Wissenschaftsförderung erkennen. Spätestens die Krise der Stahlindustrie in den 1970ern führte zu einem politischen Umdenken, das sich unter anderem im sogenannten *Entwicklungsprogramm Ruhr 1968 bis 1973* niederschlug. Die Region wurde nicht mehr als ein homogener Container, sondern von Regionalforscher(inne)n zunehmend als eine kleinräumige und polyzentrische Region beschrieben (u. a. Hahne 1985). Diese Konzepte, in denen soziale, ökonomische und ökologische Aspekte bereits intensiv aufeinander bezogen wurden, sorgten für viel politische Aufmerksamkeit: Der Rückgang der Schwerindustrie in Stahl und Kohle sollte den beteiligten Regierungen, Unternehmen und Gewerkschaften zufolge sozial abgefedert und die ganze Region durch mobile Arbeit und mobiles Kapital dynamisiert werden (Danielzyk 1992). Ein in den 1980er-Jahren aufkommendes, bis heute gültiges Prinzip ist der Fokus auf endogene Ressourcen, d. h. auf das in der Region vorhandene soziale und ökonomische Kapital (Hahne 1985). Teil dieser Strategie war auch

der bewusste Fokus auf sozioökonomische Ungleichheiten oder kulturelle Konflikte, die den Wirtschaftsprozess in der Ruhrindustrie in seiner turbulenten Geschichte oft blockiert hatten. Die disparaten Effekte des industriellen Landnahmeprozesses mussten nicht in der Weise partizipatorisch diskutiert werden, wie es aktuell häufig gefordert wird. Wohl aber mussten sozioökonomische, ökologische und unternehmerische Strukturen integriert werden, um den adressierten Investor(inn)en und Arbeitnehmer(inne)n einen attraktiven Unternehmens- und Wohnsitz zu bieten. Der Ausbau der Wissenschaftslandschaft, die Berücksichtigung ökologischer Industrieschäden und sogenannter weicher Standortfaktoren – seien es Erholungsgebiete oder lokale Begegnungsstätten – sind bis heute stilprägend für die Strukturpolitik im Ruhrgebiet. Prominente Beispiele sind die 1984 veröffentlichte *Landesinitiative Zukunftstechnologie* in NRW, mit der Technologietransfer auch sozialverträglich gestaltet werden soll, oder der sog. IBA-Emscher-Park (siehe Browne in diesem Band). Eine zentrale Problematik in der deutschen Regionalförderung ist jedoch, dass Investitionszuschüsse eher gefördert werden als Personalkosten (Danielzyk 1992). Noch heute ist das ein Grund, warum die Ansprüche an eine soziale Abfederung und die Stärkung von lokalem Wissen nur schwerlich durch konkrete Projektinitiativen und mit entsprechenden Ressourcen eingelöst werden können.

In groben Zügen war im Ruhrgebiet also eine Hinwendung zum Lokalen sichtbar, die aber nur im Sinne eines Korrektivs oder Ausgleichs aufgegriffen wird und die sogar – mit Latour gesprochen – dem Zweck diene, trotz Globalisierung »die Geborgenheit einer festen Identität« wiederzufinden (Latour 2018, S. 53). Die dazugehörige Politik stand jedoch im Kontext einer programmatischen Umbruchphase zur Zeit der Kohl-Regierung (1982–1998), die sich vom keynesianischen Ziel der Vollbeschäftigung abwandte und eine angebotsorientierte Industriepolitik verfolgte, um technologische Innovation zu fördern. Lohndrosselung, Steuersenkung, Schwächung der Arbeitsschutzregelungen und Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse führten zu wachsenden Brüchen zwischen lokaler Bevölkerung und globaler Wirtschaft (Schlupp 1992). Die Kombination von Sozialabbau und Inklusionsrhetorik kann die anhaltende Skepsis gegenüber vielen Politiken im Strukturwandel in Teilen erklären.

3.2 Dezentralisierung der Regionalpolitik

Die im Ruhrgebiet propagierte Wertschätzung für soziale Anliegen und lokale Akteure ging einher mit dem geflügelten Wort der *Wissensgesellschaft*. Dieser Leitbegriff konnte dank der akademisch ausgebildeten Bevölkerungsgruppen, die durch

die sogenannte Bildungsexpansion enorm anwuchsen, Stück für Stück mit Leben gefüllt werden. Seither gilt Wissenschaft als dynamischer Motor für die regionale Entwicklung und nicht allein als passives Instrument. Durch Forschungs- und Hochschulansiedlungen sollten Akademiker(innen) auch in ländliche und industrielle Regionen gezogen werden. Seit den 1980er-Jahren werden internationale Innovationsregionen wie das Silicon Valley verstärkt als symbolträchtige Embleme der Wissensgesellschaft überhöht und in deutschen regionalpolitischen Dokumenten referenziert (Giese & Nipper 1984). Ein Vortragsmanuskript des nordrhein-westfälischen Regierungsbeamten Andreas Schlieper lässt darauf schließen, dass der internationale Innovationsdiskurs schon in den späten 1980er-Jahren im Ruhrgebiet diskutiert wurde (Schlieper 1987). Der Strukturwandel im Ruhrgebiet sei nicht nur eine *Durchgangskrise*, sondern eine *Epochenschwelle*, wobei Schlieper die Wissensökonomie im Silicon Valley als Vorbild nennt. Die gewachsenen Strukturen der Schwerindustrie seien in Auflösung begriffen und könnten durch Innovation für die Zukunft vorbereitet werden. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch seien zunehmend Selbstorganisation, Eigenverantwortung und ein gewisser Unternehmmergeist gefragt (ebd., S. 120). Staatliche Einrichtungen nahmen verstärkt die Rolle der Mediator(inn)en und Fördernden ein, sodass die Prinzipien des Interessenausgleichs und der regionalen Gleichwertigkeit weiterverfolgt, aber instrumentell auf die Umsetzung von Wirtschaftsförderung verengt wurden (Brenner 2000). In dieser Politik, in der Verantwortung niedrig skaliert und die politische Koordination marktförmig organisiert wurde, wurden die Länder und Kommunen stärker in die Pflicht genommen, um eigene Entwicklungskonzepte zu verfassen und dabei diverse Problemlagen und Sektoren zu integrieren. Parallel zu dieser Öffnung im politischen Diskurs zog die Bundesregierung die Steinkohleförderung aber über Jahrzehnte hin, um soziale Ruhe und Entwicklungszeit zu ermöglichen. Der in den 1980er-Jahren begonnene Wandel ist bis heute nicht vollzogen.

Regionale Politikvertreter(innen), aber auch Regionalwissenschaftler wie Ulf Hahne (1985) betonten außerdem die *subjektive Komponente*, die zentral sei, nicht nur um betroffene Gruppen partizipieren zu lassen, sondern um von *Invention* zu *Innovation* zu kommen (Schlieper 1987, S. 122). Mit dieser Komponente wird Humankapital entlang von kulturellen und räumlichen Unterscheidungen neu bewertet: Sei es die kreative Klasse oder die lernende Region – die Menschen, die man mit postindustriellen Leitmotiven in die Region locken wollte, waren nicht dieselben, die durch körperliche Arbeit zum historischen Wohlstand beigetragen hatten. Beson-

ders für Nichtakademiker(innen) war der Duktus von Wissen und Lernen weniger mit einer Wertschätzung als mit einer Abwertung der eigenen Qualifikation verbunden. Diese Politik, in der Humankapital, Forschung und Technologie als Motoren einer regionalen Landnahme genutzt wurden, beinhaltet auch eine Skalenverschiebung: Übergreifende Fragen, die nicht zuletzt die sozialen und ökologischen Folgen dieser Politik umfassen, wurden auf regionale Einrichtungen abgewälzt. Ash Amin und Nigel Thrift merkten schon 1992 an (Amin & Thrift 1992, S. 572 f.), dass dies für gewöhnlich deshalb als Notwendigkeit konstatiert wurde, weil Marktveränderungen in schnelllebigsten Branchen Produktionsbedingungen erforderten, die flexibel auf Veränderung reagierten und die dezentral koordiniert werden mussten. Vom Silicon Valley bis Baden-Württemberg sind die vertrauten Vorbilder jedoch überaus voraussetzungsreich: Eine regionalisierte Innovationspolitik basiert auf überregionaler Investition, Produktion und Wertschöpfung. Sie setzt auf eine graduelle Entwicklung von Fachkompetenzen, Institutionen, Dienstleistungen und Infrastrukturen, die nicht geplant oder nachgeahmt werden kann.

Mit einer schematisch verstandenen regionalen Innovationspolitik geht also ein Bruch von Wunsch und Wirklichkeit einher. Dieser schlug sich in den 1990er-Jahren besonders in Ostdeutschland nieder.

3.3 Die 1990er-Jahre in Ostdeutschland – ein regionalpolitischer Rückfall

Während in der bundesdeutschen Regionalpolitik das sozialökologische Bewusstsein zunahm, herrschte in den 1990er-Jahren die Ansicht vor, bestimmte Regionen seien zu modernisieren, auch wenn damit soziale und ökologische Risiken eingegangen würden. Eine in dieser Hinsicht einschneidende Krisenerfahrung sind die sozioökonomischen Umbrüche nach 1989/90. Was im Gestus einer Landung hätte vonstattengehen können, indem man dem Einigungsprozess mehr Zeit und den Sozial- und Umweltschäden mehr Aufmerksamkeit eingeräumt hätte, kann inzwischen mit breiter historischer Akzeptanz als Landnahme kritisiert werden (Geipel 2019); kulturelle und sozialstrukturelle Dynamiken der Über- und Unterordnung geben den Ausschlag dafür, dass in der Forschung von fortwährenden Abwertungserfahrungen berichtet wird (Kollmorgen 2011; Mau 2019). Der Diskurs über Rand und Zentrum, Oben und Unten hatte auch eine regionalpolitische Dimension, da westdeutsche Förderansätze ostdeutschen Regionen oft ohne Rücksicht auf Verluste der betroffenen Bevölkerung übergestülpt wurden. Nicht allein Industriestandorte, sondern auch die in der BRD historisch gewachsenen Mechanismen der Teilhabe,

der Anerkennung und der materiellen (Um-)Verteilung bzw. die Erwartung an diese wurden in ostdeutschen Industrieregionen zerrüttet. Ihr Verlust führte nicht selten zu irreparablen Brüchen in betroffenen Familien (Arbeitslosigkeit, Wegzug, Perspektivlosigkeit) und Ortschaften (Steuerverluste, Abbau der lokalen politischen Institutionen). Die teilweise maroden, teilweise aber modernisierten Industrieanlagen und eine durchaus qualifizierte Arbeitsbevölkerung wurden abgebaut bzw. als Ressourcen nicht weiter eingeplant. Seither gilt das Wort *Strukturwandel* vielen Ostdeutschen als Euphemismus für Strukturbruch, Abbau und Niedergang. In der Nachwendezeit der ostdeutschen Industrieregionen ging eine Steigerung in der Effizienz der Wertschöpfung auf Kosten sozialer Wertschätzung, obwohl in der sozialistischen Vergangenheit und in der deutschen Gegenwart – etwa im Ruhrgebiet – die Integration von wirtschaftlichen und sozialpolitischen (teilweise sogar ökologischen) Aspekten propagiert wurde. In dem Wort *strukturell schwach*, das häufig mit der Lausitz in Zusammenhang gebracht und in unseren Begegnungen mit Forschenden und lokalen Gesprächspartnern immer wieder diskutiert wird, klingt die kollektive Abwertung bis heute noch an (vgl. Gabler in diesem Band).

Trotz der maßgeblichen Verwerfungen und Rückschritte wurde an dem modernen Schema von globalen Innovationserwartungen und lokalen Transformationszudemutungen festgehalten. Vielmehr wurden die globalen Maßstäbe noch konsequenter angewandt. So verlor die bundesrepublikanische Maxime der gleichwertigen Regionen im Nachgang der Wiedervereinigung und im Zuge von marktliberalen Politiken seine faktische Grundlage und politische Glaubwürdigkeit (Brenner 2000). Ostdeutschland diente als Testfeld für diese entfesselte Regionalpolitik, die sich nüchtern mit dem Begriff der *Standortpolitik* zusammenfassen lässt (ebd.). Deren wesentliche Instrumente sind der forcierte Wettbewerb unter den Regionen, die Vermarktung einer spezifisch regionalen Identität und die räumlich ausgeweitete europapolitische Förderkategorie der sogenannten Metropolregionen.

Auch ländliche Regionen waren gefragt, sich als endogene Motoren des Wirtschaftswachstums zu positionieren, obwohl sie von den propagierten Industrieclustern weniger profitierten als städtische Ballungsräume. Dass der aktuelle Innenminister Seehofer eine Kommission für *gleichwertige Lebensverhältnisse* einberuft und diese als *Herzstück einer neuen Heimatpolitik* beschreibt, weist auf die erneute Umwertung des Gleichwertigkeitsprinzips hin (Seehofer 2018). Diese politische Kommunikation, die sich empathisch dem Lokalen zuwendet, ist vor dem Hintergrund von Rechtspopulismus einerseits und Strukturwandelprozessen ande-

rerseits nicht leicht einzuordnen. Man kann mit Latour konstatieren, dass das Lokale in Verruf geraten ist: Die »Sorge für ein Stück Erde« ist »nur deshalb *reaktionär* geworden, weil (sie) in scharfem Kontrast steht zu der von der Modernisierung aufgezwungenen Flucht nach vorn« (Latour 2018, S. 65).

Die Fokussierung auf die Maxime des regionalen Wettbewerbs wurde in den 1990er-Jahren weiter vorangetrieben. Die heutigen Glaubenssätze der regionalen Strukturpolitik fokussieren – spätestens seit der Etablierung von europäischen Förderansätzen und der engeren Verzahnung von Forschung, Bildung und Innovation in der Bundesregierung – in erster Linie auf Transformation durch Innovation (siehe auch Wentland, dieser Band). Eine Region, die davon besonders betroffen ist, ist die Lausitz (siehe auch Blümel, Bösch, dieser Band). Inwiefern die hiesige Innovationspolitik einen sozialökologischen Wandel eher befördert oder behindert, beschreibe ich im folgenden Abschnitt.

4 Landen in der Lausitz? Eine Exnovationsregion und Innovationsdruck

Eine sozialökologische Landung in der Lausitz erfordert, mit Latour gedacht, auch eine Aushandlung zwischen Erwartungen und Erfahrungen, um letztlich Handlungskorridore jenseits einer modernistischen Gegenüberstellung des Lokalen mit dem Globalen zu erarbeiten. Wenn man diese abstrakte Ambition realpolitisch wendet, fallen die Politiken und Rahmenbedingungen von regionalen Kohleausstiegs- und Strukturwandelprozessen ins Auge. Wenn man den geflügelten Begriff einer sozialökologischen Transformation konsequent verfolgt, wird deutlich: Die Bundes- und mehrere Landesregierungen stehen vor der Frage, ob man die programmatischen Innovationserwartungen in regionalen Strukturwandelprozessen anwendet oder ob man die regionale Ausgangslage als Impuls aufgreift, um hergebrachte Erwartungen zu transformieren.

4.1 Politische Innovationserwartungen

Gerade in der Lausitz macht sich aktuell im Rahmen des beschlossenen Kohleausstiegs bemerkbar, dass die skizzierte Innovationsagenda und die entsprechenden Erwartungsträger auf eine große Skepsis unter lokalen Erfahrungsträgern stoßen. Große Industrieansiedlungen und kleinskalige Innovationsdebatten werden meist von überregionalen Organisationen, international aktiven Unternehmen

oder Akteuren aus den Landeshauptstädten Potsdam und Dresden betrieben und bespielt (Hightech Forum/BMBF, Gesine Schwan/BMU, IASS/BMBF, Revierfahrten der sogenannten Kohlekommission der Bundesregierung). Die Analyse politischer Dokumente und meine Interviews mit regionalen Wirtschaftsvertreter(inne)n untermauern vor diesem Hintergrund die Notwendigkeit eines Erwartungsmanagements.

Die analysierten politischen Dokumente, die im Nachgang der im Sommer 2020 vom Bundestag verabschiedeten Kohleausstiegs- und Strukturwandelgesetze geschrieben wurden, zeigen, dass sich ein politischer Innovationsdiskurs Bahn bricht. Um den Lausitzer Anteil an den Strukturwandelhilfen des Bundes (circa 17 Milliarden Euro) überhaupt aufzuwenden, setzt die Bundesregierung den weiterhin schwierigen Ausstieg aus der Kohle nun voraus und erwartet von den Landesregierungen im Gegenzug eine operationalisierbare Innovationsagenda. Beispielsweise spricht Klaus Freytag, der Lausitz-Beauftragte der Brandenburger Staatskanzlei, dies in einer regionalen Zeitung an: »Wenn die Lausitz nicht weiß, wohin sie in Zukunft will, wird es keine Milliarden für die Region geben.« (LR 27. August 2020) Die regionale Leserschaft wird hier mit einer Auffassung ihrer Region als Defizitmodell konfrontiert, der zufolge die Region keine Zukunft haben wird, sollte sie sich nicht einer Innovationsagenda unterordnen.

Obwohl aktuelle politische Dokumente von Innovationsmotiven bestimmt sind, eignet sich die Region bisherigen Erkenntnissen zufolge nicht ohne Weiteres für eine innovationspolitische Strategie. Diverse Attribute wurden ihr bereits zugeschrieben: Wasserstoffregion, Batterieregion oder Modellregion für einen gelungenen Strukturwandel. Das Stichwort der Innovationsregion hingegen – immerhin namensgebend für einen zentralen Wirtschaftsförderer in der Region² – ist weit weniger verbreitet. Wenn man den Kriterien der konventionellen Innovationsforschung folgt, hat dies auch seine empirische Berechtigung. Eine regionalökonomische Studie attestiert der Region entlang der üblichen Kriterien – u. a. Patentanmeldungen, Aufwendungen für Forschung und Entwicklung, Gründungsaktivitäten, eingeworbene Drittmittel – eine relativ geringe Innovationstätigkeit (Berger et al. 2019). Anders als im Ruhrgebiet, wo der Strukturwandel mehr regionale Akteure hinter sich versammeln konnte und historisch gewachsene Organisationsstrukturen vorliegen, findet man in der Lausitz bislang relativ wenige Gruppen und Unternehmungen, die sich explizit den

2 Die sog. Innovationsregion wurde von regionalen Wirtschaftsakteuren und der BTU Cottbus-Senftenberg gegründet, um auf die Abschaltung von zwei 500-MW-Blöcken am Kraftwerksstandort Jänschwalde zu reagieren und Innovationsprozesse zu begleiten.

Losungen der bundesweiten Innovationspolitik anschließen. Von einer Innovationsregion zu sprechen wäre insofern eine starke Überzeichnung.

Häufiger und kongruenter als die Rede von einer Innovationsregion ist die in Dokumenten, Presseartikeln und Gesprächen zu findende Bezeichnung *Energierregion* – ein Attribut, das an die historisch gewachsene Braunkohleindustrie anschließt und unter das erneuerbare Alternativen subsumiert werden können. Die Hartnäckigkeit, mit der sich der Energiefokus in der Debatte fort schreibt, illustriert einen Zukunftswunsch, der auch einen roten Faden in unseren Interviews darstellt: An regionalen Potenzialen und Traditionen soll festgehalten werden. Man könnte eines der zentralen Rätsel der Lausitz darin sehen, dass es sich um eine Exnovationsregion unter Innovationsdruck handelt: Jene endogenen Kräfte, die bislang wenig transformativ wirkten und eher das langsame Schrumpfen managten, werden nun im Rahmen einer Transformation von überregionaler Bedeutung beansprucht. Das Fortwirken des Alten lässt sich jedoch nicht ablehnen, ohne teilweise mit dem Prinzip der endogenen Entwicklung zu brechen. Lokale Pfadabhängigkeiten und Kompetenzen werden im Rahmen des Kohleausstiegs kritisch betrachtet und entwertet, sollen aber wertschätzend in den Umbau der Region einfließen. Das Aufeinandertreffen von Innovationserwartungen und lokalen Erfahrungen ist in dem Sinne ein Paradox: Das Neue scheitert am Alten; zugleich darf es mit dem Alten nicht brechen.

4.2 Regionale Innovationserfahrungen

Ein Interviewpartner skizziert, dass die lokale Wirtschaft sich im Zuge eines Festhaltens an der Kohle in Gewissheit gewogen, und sich daher nicht auf die anstehenden Innovationen und Transformationen vorbereitet habe; ein Schraubenhersteller z. B. verpasse wegen der günstigen, auf Kohle basierenden Energiepreise den richtigen Moment, sein Geschäftsmodell anzupassen:

»Wenn das irgendwann wegfällt [...] dann wird er sagen, hätte ich mal eher gewusst, dann hätte ich vielleicht noch was anderes überlegt. Also ich bin der festen Überzeugung, es bedarf eigentlich jemand, der moderiert, sich die Einzeldinge anschaut, um auch zu sensibilisieren für die Veränderung, weil das sieht keiner, es spürt keiner, was das bedeuten wird.«

Ein Erwartungsmanagement ist also nicht nur deswegen notwendig, weil sonst lokale Erfahrungen und Potenziale wahrscheinlich übersehen werden. Der Inter-

viewpartner betont, dass es eigentlich eine Moderation braucht, weil lokale Akteure sich nicht im Schnellverfahren auf den steigenden Erwartungsdruck einrichten bzw. diesen Druck erst gar nicht wahrnehmen können. Den Wirtschaftsakteuren und kommunalen Entscheidungsträger(inne)n in der Lausitz fällt die Umsetzung der innovationspolitischen Lösungen auch deswegen schwer, weil dies eine beschleunigte Exnovation von Wirtschaftsformen und Technologien erfordert, die lange über einen grundsätzlichen Wandel erhaben waren. In den analysierten politischen Dokumenten wird der Exnovationsbedarf angedeutet, ohne konkrete Adressat(inn)en zu benennen. So kündigt die Staatskanzlei im Ausblick auf die nächsten Jahrzehnte an, (ü)berkommene Strukturen nicht zu konservieren, und fährt fort:

»Entscheidend ist dabei, dass potenzielle *Innovationsmotoren* in ein regionales Ökosystem eingebettet sind, die für Beschäftigung, Wertschöpfung und Identität sorgen. Diese *Innovationsmotoren* können beispielsweise Unternehmen, Hochschulen oder Forschungseinrichtungen sein.« (Staatskanzlei Brandenburg 2020, S. 10)

Die propagierte Innovationspolitik will lediglich die überkommenen Wirtschaftsstrukturen und Technologien explizit exnovieren und ist bemüht, regionalen Akteuren wertschätzend gegenüberzutreten und sie für einen Wandel zu mobilisieren. Die politische Kommunikation der Landesregierungen impliziert jedoch weiterhin ein gängiges *Defizitmodell der Innovation* (Pfotenhauer et al. 2019), dem zufolge in der Lausitz fehlt, was durch Innovationsförderung behoben werden kann. So heißt es in den Entwicklungsstrategien der Staatskanzlei und der regionalen Schreibgruppe, die im Auftrag der Wirtschaftsregion Lausitz eine regionale Entwicklungsstrategie erstellt hat, dass die Wissenschafts- und Hochschullandschaft eine ausgewiesene Stärke der Region sei. Allerdings wird die zusätzliche Förderung der Landesregierungen in einer Weise formuliert, die eine Innovationsschwäche implizit macht. Überregionale Konjunkturthemen werden übernommen, Ausstrahlungseffekte aus den Ballungszentren erhofft oder der infrastrukturelle Ausbau wird als Standortvorteil für Externe – nämlich für Pendler(innen) und zukünftige Arbeitgeber(innen) – vermarktet. Dies entspricht der Prioritätenliste der Brandenburger Regierung, in der lokale Lebensstandards erst an dritter Stelle kommen (Staatskanzlei Brandenburg 2020, S. 17).

Dass der Balanceakt zwischen Wertschöpfung und Wertschätzung zu scheitern droht, zeigt einerseits eine mangelnde Reflexion von Innovationszwängen inner-

halb der Politik und andererseits die schlechte Reputation von industriellen Ansiedlungsvorhaben vor Ort. Zum Ersten: Eine von regionalen Autor(inn)en verfasste Entwicklungsstrategie fordert nur in sehr vorsichtigen Worten eine politische und verwalterische Innovationsbewegung ein, um Fördergelder effektiv und transparent verteilen zu können bzw. um die Entwicklung lokaler Ideen zu stärken (WRL 2020). Ein Innovationsdefizit zu beheben würde im Angesicht der bundespolitischen Fördersummen tatsächlich bedeuten, innerhalb kürzester Zeit eine massive Verwaltungsumstrukturierung auf Landes- und Kommunalebene anzustreben, damit ein transparenter Förder-, Kontroll- und Evaluationsprozess überhaupt in Gang kommt (Herberg et al. 2020). Das politische Personal jedoch, das den Kohleausstieg führend mitgestaltet und Innovationserwartungen schürt, ist in weiten Teilen identisch mit den ehemaligen Verwaltern (tatsächlich meist männlich) der Braunkohleindustrie und ihren politischen Ermöglichern. Auch in politischer Hinsicht handelt es sich in der Lausitz um eine Exnovationsregion unter Innovationsdruck.

Zum Zweiten: Die lokale Bevölkerung und auch Lausitzer Wirtschaftsleute hadern mit dem überregionalen Innovationsdiskurs. Ein treffliches Beispiel ist die Ansiedlung einer Fabrik des Automobilherstellers Tesla in der Lausitz. Die Herstellung von batteriebetriebenen Autos auf Basis von modernen Industriearbeitsplätzen kommuniziert die Landesregierung Brandenburg als eine gelungene Gratwanderung zwischen sozialökologischen und sozioökonomischen Zielen. Anwohner(innen) und Protestgruppen weisen jedoch darauf hin, dass hier erneut Land zerstört und enorme Mengen an Wasser verbraucht werden. Interviewte Unternehmer(innen) und kommunale Verwalter(innen) beklagen außerdem, dass sich Tesla am Rande der Lausitz, fast in Berlin, niederlässt, sodass sich auch hier wieder das Verhältnis von Zentrum und Peripherie offenbart. Den eiligen und von außen kommenden Stil, mit dem sich dieses ökologisch-modernistische Geschäftsmodell in Brandenburg verortet, bezeichnet ein Interviewpartner als »amerikanische Denkweise«. Die »Illusion, der wir uns da wieder hingeben« und auf die man in vorherigen Ansiedlungsvorhaben immer wieder reingefallen sei, bestehe darin, dass externe Investitionen ohne Kenntnisse der regionalen Ausgangslage in hohem Tempo akquiriert und zu einem langfristigen Erfolg gebracht werden sollen. Hier wird deutlich, dass der Strukturwandel in der Lausitz bislang kaum von politischen Innovationen begleitet wurde. Viele Vermächtnisse der deutschen Industriepolitik klingen in der Tesla-Ansiedlung nach: Der äußere Zugriff auf die Region durch die Kooperation zwischen Regierungen und Industrie, das enorme Skalenniveau der Planung und

das Tauschgeschäft Industriearbeitsplätze gegen natürliche Ressourcen – diese und andere Motive gehen auf die Geschichte der regionalen Innovationsförderung in der Bundesrepublik zurück. Der damit verbundenen Rhetorik, dass lokale Innovationen von überregionalen Ansiedlungen profitieren, widerspricht ein Interviewpartner deutlich:

»Dieser Lausitz-Bezug ist immer so ein Startwort [...]. Also wir spüren es indirekt, weil sie dann weiter diese Industriestandorte dort haben. Vielleicht sozusagen mitgenommen werden, aber für den einzelnen Mittelständler ist das nicht zu merken.«

Mehr noch: Soziale Probleme vor Ort, die schon lange von rechtsradikalen Ausschreitungen begleitet und die von den befragten Wirtschaftsakteuren in der Region im Rahmen des Fachkräftemangels angesprochen werden, finden kaum Erwähnung. Die breite Aktivierung von Erwerbslosen sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf (Kluge et al. 2014) und wichtiger noch das Anwerben von Wegzählern und auch breite Lebensmotive wie etwa Grundversorgung oder persönliche und laufbahnspezifische Entwicklungsmöglichkeiten weisen in den Kern einer regionalen Strukturpolitik. Diese zu behandeln ist zentral, um Jugendliche in der Region zu halten; sie konsequent in eine ambitionierte Nachhaltigkeitspolitik zu integrieren war ein wesentlicher Impuls für den breit angelegten Prozess der Kohlekommission. Aktuell in der politischen Rahmung des Strukturwandels scheint jedoch der Glaube zu bestehen, dass soziale Probleme durch Innovation, Wachstum und neue Arbeitsplätze indirekt gelöst werden (vgl. Wentland in diesem Band). Auch dies ist ein Aspekt des Erwartungsmanagements: Die Erwartung, dass die vernetzten Problemlagen im Zuge des Kohleausstiegs bearbeitet werden, scheitert u. a. an den Vermächtnissen der regionalen Innovationspolitik, die trotz widerstreitender Erfahrungen in der Lausitz fortgeschrieben werden.

5 Regionale Forschung als Erwartungsmanagement

Die Orientierung des Lokalen an globalen Maßstäben hatte in der Lausitz einen hohen sozialen und ökologischen Preis. Kollektive Handlungsgrundlagen wurden buchstäblich abgegraben. Es mangelt in der Folge besonders, wie auch die Interviews mit lokalen Wirtschaftsleuten bestätigt haben, an Aushandlungsprozessen, in denen regionale Akteure den externen Zugriff auf regionale Ressourcen (Wissen,

Praktiken, Infrastrukturen) kommentieren und fruchtbar mitgestalten können. Die Wissenschaft besetzt häufig – etwa wenn Ökonom(inn)en das Innovationspotenzial der Region bemessen – die Schnittstelle zwischen Erwartung und Erfahrung. Im Anschluss an Latours Begriff der Landung erfordert die Beteiligung der Wissenschaften an sozialökologischen Strukturwandelprozessen darüber hinaus eine heuristische und transdisziplinäre Ausgestaltung, sodass in der Auseinandersetzung sowohl Erfahrungs- und Erwartungshorizonte transformiert als auch neue Handlungskorridore gesucht werden können (Latour 2018). Gerade in der Lausitz ist ein solches Erwartungsmanagement notwendiger Bestandteil einer sozialökologischen Transformation, die von modernen Schemata der Landnahme abrückt. Ein daran angelehntes Koordinatensystem muss nicht nur konsequente Lehren aus den Schäden der modernistischen Gegenüberstellung von Lokal und Global ziehen. Die Orientierung an einem *dritten Attraktor*, dem durch die Klimakrise virulent gewordenen *Terrestrischen*, erfordert eine differenzierte Wertschätzung fürs Lokale (ebd.). Diese Wertschätzung ist jedoch nicht bedingungslos: Während Latour zufolge die »Notwendigkeit der Zugehörigkeit zu einem Boden« anerkannt werden muss, sollten die »beigemischten« Aspekte der »ethnischen Homogenität, Musealisierung, [...] Nostalgie« nicht mit dem Lokalen verwechselt werden (ebd., S. 65).

Latour möchte sein sozialökologisches Koordinatensystem (anders als vorige Beiträge) nicht als humanistischen und demokratiepolitischen Vorschlag verstehen, doch verbirgt sich darin eine demokratiepolitische Komponente. Sie besteht meines Erachtens darin, dass selbstverständlich nicht nur von politischer Seite Erwartungen an die Region herangetragen werden. Auch lokale Erwartungen müssen über mehrere Wege an staatliche Verantwortungsträger gerichtet und mit deren Erfahrungswissen – zu Machbarkeit, Mehrheitsfindung etc. – abgeglichen werden. Transformative, reale und kollektiv getragene Handlungskorridore können nur im Abgleich von Erfahrungs-, Erwartungs- und Gestaltungsräumen herausgearbeitet werden (vgl. Nanz & Leggewie 2016). Die geäußerten Erwartungen sollten somit nicht nur linear kommuniziert werden, sie müssen auch auf ihre moralische Begründung, politische Effektivität und lokale Anschlussfähigkeit hin geprüft und von der adressierten Bevölkerung bzw. ausgewählten Vertreter(inne)n kritisiert werden können. Es zeichnen sich Anforderungen an ein Erwartungsmanagement ab, in dem lokale Identitäten, Zugehörigkeiten und Erfahrungen aufgegriffen, aber mit überfälligen Transformationserwartungen und unterrepräsentierten Erfahrungen konfrontiert werden. Der primäre Zweck der politischen Beratung bzw. der Kommunikation mit Entscheidungsträgern liegt somit

darin, Aushandlungsräume zu begründen und zur Prüfung und Plausibilisierung von Transformationserfahrungen und -erwartungen beizutragen.

5.1 Ein Versuch im Rahmen der partizipativen Weiterentwicklung des Hightech Forums

Besonders Sozialwissenschaftler(innen), die wie im hier beschriebenen IASS-Projekt zwischen Landschaften regionaler Akteure und breiten Transformationsdiskursen hin- und herreisen, können in ihrer methodologischen Haltung und ihrem Forschungsmandat auf die Expertise der Perspektivübernahme aufbauen (Berger 2017). Sozialwissenschaftliche Methoden der theoretischen Distanznahme, der interpretativen Rekonstruktion oder des kontrastiven Vergleichs können eine kommunikative Ausgangslage bilden. Deren Zweck besteht darin, dass spezifische Logiken von Akteuren im Dialog zwischen Transformationsforscher(inne)n und Praktiker(inne)n herausgearbeitet werden. Im praktischen Vollzug können somit auch die Erwartungen bzw. Erfahrungen unter den involvierten Akteur(inn)en abgeglichen werden. In einer transdisziplinären Forschungspraxis tragen die Forschenden zu einem geschützten Raum bei, der so robust sein muss, dass Akteure ihre hergebrachten Positionen überdenken können, ohne auf etablierten Auffassungen beharren zu müssen oder aber ihr Gesicht zu verlieren.

Einen Versuch, der genau das im Rahmen der sogenannten Hightech-Strategie der Bundesregierung (HTS) im Sommer 2020 konzipiert und in Ansätzen auch durchgeführt hat, will ich abschließend schildern. Die HTS steht in direkter Tradition der in Kapitel 3 skizzierten Innovationsgeschichte und bemisst das Ziel der Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland u. a. an den Ausgaben der Bundesregierung für Forschung und Entwicklung. Diese sind im Laufe der letzten Jahrzehnte und in den letzten Jahren unter dem Dach der HTS auf mehr als 15,8 Milliarden angestiegen. Aktuell hat es sich das Expertengremium, in das auch die IASS-Direktorin Patrizia Nanz (meine Vorgesetzte) berufen wurde, zur Aufgabe gemacht, die Empfehlungen stärker auf der Basis regionaler Partizipationsprozesse zu entwickeln. Ein zugrunde liegender Gedanke ist, dass Regierungspolitik sich auch von gesellschaftlichen Gruppen beraten lässt (Nanz & Leggewie 2016). Dies kehrt das Verhältnis zwischen inner- und außerregionalen Erwartungen um oder legt es zumindest als bidirektionale Aushandlungssache aus. Der erste Schritt dahin ist die Weiterentwicklung des HTS-Ansatzes durch die Einrichtung von einmaligen Workshops in diversen Regionen. In diesem Rahmen wurde ich als Lausitz-Forscher angefragt, gemeinsam mit

den durchführenden Organisationen (Fraunhofer ISI, ZebraLog) eine Veranstaltung in der Lausitz zu konzipieren. Die Anfrage an mich und meine Rollenzuschreibung beinhalteten also bereits eine Scharnierfunktion.

Zu Beginn lag der Schwerpunkt des Vorhabens auf innovationspolitischen Fragen sowie auf dem breiten Begriff des guten Lebens. Dieser Schwerpunkt wurde durch qualitative Telefoninterviews korrigiert, in denen vier Unternehmensvertreter(innen) und Wirtschaftsförderer(innen) sowie eine Regierungsbeamtin auf bundespolitischer Ebene die begründete Sorge äußerten, dass wieder ein einmaliger, kaum eingebetteter Workshop von bundespolitischen Organisationen stattfinden solle, in dem das Label der strukturschwachen Lausitz reproduziert werde. In meiner Beratung des Vorhabens vertiefte sich dieser Eindruck: Beide Landesregierungen sowie kommunale Verwaltungen, die wir untersucht und beraten haben, empfanden eine große Skepsis gegenüber der Umsetzbarkeit von regionalen Partizipationsprozessen, während lokale Partizipationsprozesse zunehmend durch lokale Gruppen auf eigene Faust organisiert wurden (vgl. Kohlbacher & Füller 2020).

Mein Vorschlag war daher, dem Workshop das Thema *Am Wandel beteiligen, aber wie – Ein Erfahrungsaustausch für gelungene Partizipationspraxis in der Lausitz* zu geben, in dem lokale Partizipationskapazitäten und die Enttäuschung über äußere Erwartungen diskutiert werden konnten. Konkret tauschten sich Kommunikations- und Partizipationsexpert(inn)en aus der Lausitz über ihre bisherigen Erfolgs- und Misserfolgsgeschichten aus (Vormittag der Veranstaltung) und diskutierten diese mit Vertreter(inne)n der Verwaltung und Politik (Nachmittag). Ich selbst bemühte mich, bestärkt von der bisherigen Rollenkonstellation, um eine Position, die dem Gedanken eines transversalen Mittlers entspricht. Einerseits ging es darum, die überregionalen Erwartungen an regionale Leistungs- und Wertschöpfungsprozesse zu destabilisieren. Besonders staatliche Innovationsprogramme und -akteure sollten mit lokalem und sozialwissenschaftlichem Wissen konfrontiert werden, damit der Bruch zwischen Wunsch und Wirklichkeit nicht allein als Innovationsdefizit registriert würde, sondern als Symptom für eine strukturelle Schieflage. An dieser Stelle konnten wissenschaftliche Kritik und engagierte Beratung praktisch als Spannungsverhältnis ausgetragen werden. Andererseits sollte die Begegnung von Erwartungs- und Erfahrungsträger(inne)n nicht untergraben, sondern intensiviert werden. Andere Mitglieder des Forschungsteams, die bereits mit einigen Akteuren im Raum vertraut waren, waren primär als Beobachtende anwesend. Auch auf ihren Wahrnehmungen fußt die folgende Ergebnisdarstellung:

Im Verlauf des Vormittags, zu dem ca. zehn verschiedene regionale Kommunikationsexpert(inn)en erschienen, wurde herausgearbeitet, dass Beteiligungsprozesse in der Region oft an zusammenhanglosen Prozessdesigns scheiterten. Das heißt, die Zielstellung unter den einladenden Institutionen war nicht ausreichend geklärt, die Einladung drang nicht bis zu den intendierten Bevölkerungsgruppen durch, und ihre Impulse mündeten nur selten in einen nachvollziehbaren, sequenziellen Lernprozess, an dessen Ende tatsächlich auch politische Verantwortungsträger als verbindliches Publikum fungierten. Die anwesenden und überaus ortskundigen Kommunikationsexpert(inn)en konnten auffällig viele konkrete Vorschläge und Engpässe zur Sprache bringen, um trotz der dominanten Verwaltungsprobleme und Politikabläufe Partizipationsprozesse glaubwürdig zu gestalten.

Der Einladung der Landesregierungen und kommunalen Verwaltungseinrichtungen für das Nachmittagsprogramm folgten nur drei Landkreisvertreter(inne)n und der Lausitzbeauftragte der Staatskanzlei Brandenburg. Der oben erwähnte Klaus Freytag, mit dem zum hier skizzierten Forschungsprojekt eine langjährige Beratungsbeziehung besteht, konnte seinerseits konkrete politische Vorhaben mit den Anwesenden besprechen. Dabei diente besonders das Pausengespräch mit dem Forschungsteam dazu, Beratungsbedarfe umzuformulieren und für die anwesenden Kommentator(inn)en zu öffnen. Konkret wurde der Nachmittag größtenteils genutzt, um die aktuell in Planung befindlichen sogenannten Projektwerkstätten zu diskutieren. Ihr Zweck besteht darin, in den Kommunen lokale Vorhaben zu erarbeiten, die sich entlang der Maßstäbe der Bundes- und Landesregierung (kurz: nachhaltig, innovativ und Arbeitsplätze fördernd) zur Finanzierung aus den Strukturwandeltöpfen eignen. Die Gefahr, dass Gelder jedoch bloß in »Beton gegossen und nicht in Wert gesetzt werden« (O-Ton Klaus Freytag), geht letztlich auf eine lange regionalpolitische Geschichte zurück: Der Wunsch nach lokaler Beteiligung konnte nicht in der Rechtsform des Fördermechanismus hinterlegt werden.

Das Anliegen der Partizipationsakteure und unseres Forschungsteams war es, diese Werkstätten gemeinsam mit dem Brandenburger Lausitzbeauftragten für partizipatorische Ansätze zu öffnen, damit Wertschöpfung und Wertschätzung im Strukturwandelprozess stärker als bislang integriert werden konnten. Verwaltungsseitig wurden jedoch juristische Einwände und Handlungszwänge geltend gemacht, sodass die Erwartung – »Werkstätten für Partizipation öffnen« (eine Teilnehmerin) – teilweise abgewehrt, teilweise aber auch als Grundgedanke honoriert wurde. So verdichtete sich das Erwartungsmanagement zwischen Akteur(inn)en

und Politik zu einem konkreten, vom Forschungsteam moderierten Prozess des Policy Designs: Lokale Organisationen und Partizipationsexpert(inn)en wurden weniger mit innovationspolitischen Glaubenssätzen, vielmehr wurden politische Entscheidungsträger mit partizipatorischen Anliegen konfrontiert. Ein Teilnehmer der Brandenburger Landesregierung reagierte sogar überrascht, als ich ihn in der Pause darauf ansprach, welche Hinweise er denn von den anwesenden Akteuren brauche. Als dann die Auseinandersetzung mit den partizipativen Erfahrungen in eine Diskussion von Erwartungen gegenüber der Politik umschlug, begann er von den Handlungszwängen in Politik und Verwaltung zu berichten, die auch in den hier diskutierten Vorschlägen Niederschlag finden müssten. Diese momenthafte Umkehr des Erwartungsgefälles weist einerseits auf die Potenziale für einen lokalen Ermächtigungseffekt hin. Ein Teilnehmer notiert dazu: »Der Fördertopfverwalter wird zum Bittsteller – die Initiativen fordern ein.« Ansatzweise kann man in diesen einzelnen Momenten sogar eine Demokratisierung des Erwartungsmanagements erkennen, da Erwartungen primär von der Bürgerschaft an die Politik kommuniziert werden und nicht andersherum. Andererseits zeigt sich hier auch, dass Regierungen und Behörden mit einem mehr oder minder taktisch eingesetzten Verzögern und Abbremsen auf derartige Partizipationsversuche reagieren können. Viele Sachargumente gegen die Vereinbarkeit des Partizipationsgedankens mit dem juristischen Rahmen von Wirtschaftsförderungsmaßnahmen sind aus der skizzierten Geschichte von föderal organisierter Strukturförderung kaum von der Hand zu weisen.

Die Ergebnisse auf bundespolitischer Ebene sind schwer zu fassen. Unter anderem waren die eigentlichen Auftraggeber des BMBF nur virtuell zugeschaltet. Aber es liegt auch in der Natur des regionalen Partizipationsprozesses, dass die übergreifenden Prozesslogiken – von den Regionen bis zur Staatssekretärsrunde der Bundesregierung – in den Hintergrund traten. Wohl sah es der Ablauf des Hightech Forums vor, dass in gestaffelten Reflexionsgesprächen die jeweiligen Ergebnisse aus den Regionen gesammelt wurden. In diesem Rahmen fungierte das Forschungsteam wieder im Modus der Regierungsberatung. Es übermittelte unter anderem die Erkenntnisse, dass Innovationsprozesse in der Lausitz eng mit Legitimationsprozessen verzahnt werden sollten und dass regionale Beteiligungsverfahren zu diesem Zweck eine moderierende Kontaktstelle und eine transparente Mandatierung durch Politik und Verwaltung benötigten. Nicht zuletzt habe ich im Rahmen eines Nachgesprächs das finale Dokument des Weiterentwicklungsprozesses des HTF mit dem Kommentar versehen, dass die Maxime der regionalen Wettbewerbsfähigkeit nicht mit dem Anliegen korrespon-

diert, ein gutes Leben auf dem Land und regionalspezifische Innovationskulturen zu fördern. Die weitere Bearbeitung dieser Beratungsimpulse steht noch aus und liegt letztlich in den Händen der sogenannten Staatssekretärsrunde der Bundesregierung. Zumindest kurzfristig hat das Beispiel des Hightech Forums auf mehreren Ebenen für drei fruchtbare Irritationen gesorgt: Vor der Veranstaltung war den eingeladenen Akteuren weniger augenfällig, dass (1.) regionale Akteure ihre Erfahrungen gemeinsam konsolidieren und den politischen Verantwortungsträgern mit Nachdruck übermitteln können, dass (2.) regionale Verantwortungsträger in konkreten Governanceproblemen durchaus einen für alle sichtbaren Beratungsbedarf haben und dass dieser mit intensiver Moderation auch durch Akteure aus der betroffenen Bevölkerung bedient werden kann und dass (3.) die Innovationsstrategien der Bundesregierung im Verbund von regionalen Akteuren und (über-)regionaler Forschung in einigen zugrunde liegenden Glaubenssätzen kritisiert werden können (v. a. regionale Wettbewerbsfähigkeit). Warum diese drei Ergebnisse – zu denen natürlich auch die dargestellte Rolle der Forschung gehört – bislang nur indirekt im politischen Rahmen aufgegriffen wurden, ist teilweise den skizzierten Pfadabhängigkeiten geschuldet. Jedoch ist sicherlich auch die Vielstimmigkeit in der Diskussion über Kohleausstieg und Strukturwandel ein Faktor.

6 Fazit: Forschen in einer innovativen Welt?

Wie kann man sich als Forscher(in) öffentlich engagieren, ohne sich politisch gemein zu machen oder fachliche Perspektiven aufzugeben? Der Soziologe Geoffroy de Lagasnerie diskutiert diese Frage in seinem Buch *Denken in einer schlechten Welt* (2018). Ähnlich habe ich hier versucht, eine engagierte Forschungspraxis zu skizzieren, in der kritische Einblicke der Transformations- und Wissenschaftsforschung proaktiv aufgegriffen werden. Einen sozialökologisch motivierten Blick und einen forschungspraktischen Vorschlag habe ich in Anlehnung an Bruno Latours Figur der Landung beschrieben (2018).

In der Geschichte der deutschen Strukturpolitik und in der Skizze der Lausitz als Exnovationsregion unter Innovationsdruck erkennt man ein politisches Paradox: Die Kohleregion ist und war Projektionsfläche für historisch gewachsene Transformations- und Innovationserwartungen, während die kollektive Handlungsgrundlage buchstäblich abgegraben wurde. In den Umbrüchen nach 1989/90 entwickelte sich Ostdeutschland sogar zum Testfeld einer entfesselten Regionalpolitik,

wobei der Fokus auf Marktanpassung und industrielle Clusterbildung städtische Ballungsräume bevorteilte. Die Gegenüberstellung von globalen Zielvorgaben und lokalen Erfahrungshorizonten bildet weiterhin, ganz im Sinne von Latours Koordinatensystem (2018), die zentrale Achse der Strukturwandelpolitik: Innovation schlägt den Akteuren in der Lausitz als Erwartung entgegen; die Erfahrungsschätze und Ressourcen jedoch, die man nun im wertschätzenden Gestus der Wissensgesellschaft heben will, wurden in der Geschichte der Regionalförderung immer wieder fragmentiert und unterlaufen. Keineswegs entwickelt sich im Rahmen aktueller klima- und demokratiepolitischer Verwerfungen ein dritter Pol, den man in Latours eigentümlicher Sprache als *das Terrestrische* bezeichnen könnte (2018). Obwohl sich in aktuellen klima-, sozial- und demokratiepolitischen Verwerfungen ein Umdenken ankündigt, ist der industriell verengte Begriff von Strukturwandel derart prägend, dass er vermutlich weit über das Datum des Kohleausstiegs im Jahr 2038 (oder früher) hinaus fortwirken wird.

Im ostdeutschen Transformationsdiskurs wurde schon oft auf regionale Strukturbrüche hingewiesen. Jedoch kommt die tragende Rolle der Wissenschaft, die gerade in der bundesrepublikanischen Politikgeschichte sehr prominent ist, dabei selten zur Sprache. Wissenschafts- und innovationspolitische Maßnahmen dienten der industriellen Erschließung des ländlichen Raumes. Forschende waren in dem Rahmen oft daran beteiligt, regionale Räume politisch zu definieren, wirtschaftlich zu erschließen und gesellschaftlich zwischen allgemeinen Erwartungen und lokalen Erfahrungen zu vermitteln. Innerhalb dieser Innen-außen-Verhältnisse zu forschen kann bedeuten, dass man sich mit politischen Erwartungshorizonten oder lokalen Erfahrungsräumen gemein macht oder sich dem Transfer externer Innovationsmaßstäbe in den Dienst stellt. Eine engagierte Transformationsforschung ist mit etablierten Macht- und Herrschaftsverhältnissen konfrontiert, während sich die eigenen Forschungsmotive einem transformativen Anspruch verschreiben (vgl. Haas in diesem Band).

Es wäre aber zu deterministisch gedacht, wenn man aus diesem Dilemma auf Wirkungslosigkeit, gar auf Naivität der engagierten Transformationsforschung schließt. Der Wechsel von der fossilen Industrie in eine relativ unklare Zukunft birgt gerade für eine reflexive und engagierte Forschung großes Potenzial, um alternative Deutungen zu platzieren oder für dialogische Perspektivübernahmen zu werben. Auch wenn dies die Machtverhältnisse nicht umkehrt, kann Forschung auf die Kontingenz – auf die Vielheit an alternativen Zugängen – verweisen. Mein forschungsprak-

tischer Versuch im Rahmen des Hightech Forums bringt einen Forschungsansatz ins Spiel, der den Kommunikationsprozess zwischen Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft für die problematische Aufmerksamkeitsökonomie zwischen Zentrum und Peripherie sensibilisiert. Man kann als Forschende(r) eine transversale Auseinandersetzung und dadurch eine offene, kritisch-wertschätzende Konfrontation zwischen überregionalen Erwartungshorizonten und regionalen Erfahrungsschätzen anstoßen. Zumindest innerhalb der konkreten Kommunikationssituation kann sich ein Forschungsteam auf diesem Wege (selbst-)kritisch einbringen und das Verhältnis von Transformationserwartung und -erfahrung in den betroffenen Gruppen zur Diskussion stellen. Damit dieses Erwartungsmanagement sich auch in einem politischen Strukturwandel niederschlägt, müsste es in den aktuell stattfindenden, teilweise bereits abgeschlossenen Aufbau eines regionalpolitischen Regimes integriert werden.

Literatur

- Amin, A.; Thrift, N. (2002): *Cities: Reimagining the Urban*, Cambridge.
- Beetz, S. (2008): Peripherisierung als räumliche Organisation sozialer Ungleichheit. Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume. *LandInnovation*, S. 7 ff.
- Berger, P. L. (2017): *Einladung zur Soziologie: eine humanistische Perspektive*, Vol. 3495, Konstanz.
- Berger, W. et al. (2019): *Standortpotenziale Lausitz: Studie im Auftrag der Zukunftswerkstatt Lausitz*.
- Blümel, C. (2020): Innovations in innovation policy: Reconstructing the emergence, legitimation and dynamics of cluster policies in Germany, in: *Innovation: The European Journal of Social Science Research*, S. 1–27.
- Brenner, N. (2000): Building Euro-Regions: Locational Politics and the Political Geography of Neoliberalism in Post-Unification Germany, in: *European Urban and Regional Studies*, 7(4), S. 319–345.
- Bundestag (2020): *Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen vom 8. August 2020* [[https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&start=/**\[@attr_id=%27bgbl120s1795.pdf%27\]#__bgbl__%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1795.pdf%27%5D__1607432859451,08.12.2020](https://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?startbk=Bundesanzeiger_BGBL&start=/**[@attr_id=%27bgbl120s1795.pdf%27]#__bgbl__%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl120s1795.pdf%27%5D__1607432859451,08.12.2020)].
- Danielzyk, R. (1992): Gibt es im Ruhrgebiet eine postfordistische Regionalpolitik?, in: *Geographische Zeitschrift*, 80(2), S. 84–105.
- De Lagasnerie, G. (2018): *Denken in einer schlechten Welt*, Berlin.
- DIW Berlin, Ecologic und Wuppertal Institut (2019): *Phasing out coal in the German energy sector: interdependencies, challenges and potential solutions*, Berlin.
- Gabler, J.; Kollmorgen, R.; Kottwitz, A. (2016): *Wer kommt? Wer geht? Wer bleibt? Eine Studie zur Verbesserung der Verbleibchancen qualifizierter Frauen im Landkreis Görlitz* [[https://media.lk-goerlitz.active-city.net/downloads/planung/Wer_kommt_wer_bleibt_wer_geht.pdf, 2.2.2021](https://media.lk-goerlitz.active-city.net/downloads/planung/Wer_kommt_wer_bleibt_wer_geht.pdf,2.2.2021)].

- Geipel, I. (2019): Ilko-Sascha Kowalczyk: Die Übernahme – Vom Besser-Wessi zum Opfer-Ossi [https://www.deutschlandfunkkultur.de/ilko-sascha-kowalczyk-die-uebernahme-vom-besser-wessi-und-1270.de.html?dram:article_id=463052, 01.12.2020]
- Giese, E.; Nipper, J. (1984): Die Bedeutung von Innovation und Diffusion neuer Technologien für die Regionalpolitik (The Impact of Innovation and Diffusion of New Technologies for Regional Policy in the Federal Republic of Germany), in: *Erdkunde*, 38(3), S. 202–215.
- Hahne, U. (1985): Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale. Zu den Chancen endogener Entwicklungsstrategien, *Schr. des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel*. Bd. 8, S. 168 ff.
- Herberg, J. (2019): Illusio(n) Fachkräftemangel? Prämissen und Folgen des regionalökonomischen Angebot-Nachfrage-Schemas, in: ders. (Hrsg.): *Illusio Fachkräftemangel*, Wiesbaden, S. 19–45.
- Herberg, J.; Kamlage, J.-H.; Gabler, J.; Goerke, U.; Gürtler, K.; Haas, T.; Löw Beer, D.; Luh, V.; Knobbe, S.; Reiner mann, J.; Staemmler, J.; Venghaus, S. (2020): Partizipative Governance und nachhaltiger Strukturwandel. Zwischenstand und Handlungsmöglichkeiten in der Lausitz und im Rheinischen Revier, IASS-Studie, Potsdam.
- Klinke, A.; Renn, O. (2014). Expertise and experience: a deliberative system of a functional division of labor for post-normal risk governance, in: *Innovation – The European Journal of Social Science Research*, 27(4), S. 442–465.
- Kluge, J. et al. (2014): *Industrie- und Wirtschaftsregion Lausitz: Bestandsaufnahme und Perspektiven*, Vol. 71, Dresden.
- Kohlbacher, M.; Füller, M. (2021): Perspektive Boxberg. Wie Beteiligung in der Lausitz wirken kann, in: Staemmler, J. (Hrsg.): *Wir machen das schon. Lausitz im Wandel*, Berlin.
- Kollmorgen, R. (2011): Subalternisierung, in: Kollmorgen, R.; Koch, F. T.; Dienel, H.-L. (Hrsg.): *Diskurse der deutschen Einheit*, Wiesbaden, S. 301–359.
- Latour, B. (2018): *Das terrestrische Manifest*, Berlin.
- Lorenz, A.; Träger, H. (2020): Die Landtagswahlen 2019 in der Lausitz. Ausdruck eines neuen Zentrum-Peripherie-Konflikts? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 6–7.
- Luh, V. (2019): Randständigkeit. Der Lausitzer Kohleausstieg im Kontext gesellschaftlicher Entkopplungserfahrungen nach 1989. Eine Ethnographie im Landkreis Spree-Neiße. Masterarbeit. Humboldt-Universität zu Berlin.
- Luxemburg, R. (1975): Die Akkumulation des Kapitals, in: Luxemburg, R. (Hrsg.): *Gesammelte Werke*, Berlin, S. 5–412.
- Mau, S. (2019): *Lützen Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin.
- MFWK (2019): Strukturwandel erfolgreich gestalten. Lausitz-Strategie des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur. Potsdam. Veröffentlicht im Juni 2019 [https://mwfk.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/Lausitzstrategie_MWFK.pdf, 2.2.2021].
- Milosch, M. (2006): *Modernizing Bavaria: the politics of Franz Josef Strauss and the CSU, 1949–1969*, Vol. 15, New York.
- Müller, W.; Steinberg, S. (2020): Region im Wandel. Eine kurze Geschichte der Lausitz(en), in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, S. 6–7.
- Nanz, P.; Leggewie, C. (2016): *Die Konsultative*, Berlin.
- Pfotenhauer, S.; Juhl, J.; Aarden, E. (2019): Challenging the Deficit Model of Innovation: Framing Policy Issues under the Innovation Imperative, in: *Research Policy*, 48(4), S. 895–904.
- Schimank, U. (2011): Wohlfahrtsgesellschaften als funktionaler Antagonismus von Kapitalismus und Demokratie. Ein immer labilerer Mechanismus?, *Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung*, Köln.

- Seehofer, H. (2018): Vertrauen in die Politik? Das geht nur durch Heimatliebe, Gastbeitrag in: Die Welt, veröffentlicht am 26.09.2018.
- Schlieper, A. (1987): Strukturwandel, technologische Innovationen und Wissenstransfer, in: Beiträge zur Sommertagung, S. 120–124.
- Schlupp, F. (1992): Worldmarket Strategy and Worldpower Politics: German Europeanization and Globalization in the 1990s, in: Graf, W. (Hrsg.): The Internationalization of the German Political Economy, New York, S. 307–346.
- Staatskanzlei Brandenburg (2020): Das Lausitzprogramm 2038. Prozesspapier zum Aufbau von Entscheidungs- und Begleitstrukturen im Transformationsprozess, Potsdam. Veröffentlicht am 14.09.2020 [https://lausitz-brandenburg.de/wp-content/uploads/2020/09/Lausitzprogramm-2038_20200914.pdf, 2.2.2021].
- Staemmler, J. (Hrsg.) (2021): Wir machen das schon. Lausitz im Wandel, Berlin.
- Wirtschaftsregion Lausitz (2020): Entwicklungsstrategie Lausitz 2050. Herausgegeben von der Wirtschaftsregion Lausitz und der Zukunftswerkstatt Lausitz. Cottbus [<https://zw-lausitz.de/ueber-die-strategie>, 2.2.2021].

Websites

- Statistisches Bundesamt 2020 – Pressemitteilung Nr. 410 vom 16. Oktober 2020 [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2020/10/PD20_410_43312.html;jsessionid=5C9F791EDC4B71BC4AB-1F8A972C75C3B.internet8712].